

Werkbundtag 1968 in Berlin

Die Tage in Berlin (10. 10.–13. 10.) standen unter dem Thema: „Die Verantwortung der Generationen für unsere Umwelt“. Der Werkbund, der seine Arbeit nach Ansicht führender Mitglieder unter ausgesprochen politischen Aspekten sieht – wenn man dieses Wort in ganz umfassendem Sinne versteht –, wollte mit dieser Tagung versuchen, in einem „sachlichen Gespräch“ zu einer „Klärung der Frage des unterschiedlichen Gewichtes der Verantwortung der verschiedenen Generationen für unsere Umwelt“ beizutragen.

Es ist ihm nach eigenem Eingeständnis nicht gelungen – aus verschiedenen Gründen. Einmal waren wohl die angeschnittenen Fragen so kompliziert, vielschichtig und stoffreich, daß fundierte Arbeitsergebnisse schon vom methodischen und zeitlichen Rahmen der Tagung her fast nicht erwartet werden konnten. Zum andern waren die Referate in Thema, Anlage und Resumée doch so verschieden, daß es von vornherein sehr schwierig war, sie in der abschließenden Podiumsdiskussion, die ja doch wohl der Höhepunkt der Tagung sein sollte, unter einen Hut zu bringen. Und letztlich waren eben auch die Redner z. T. nicht trockene, distanzierte Sachwalter ihrer Thesen, sondern temperamentvolle und engagierte Verfechter ihrer Erkenntnisse und Forderungen, wobei in der Reaktion der Gesprächspartner das Generationsproblem eben auch hier immer wieder recht deutlich zum Ausdruck kam. Daß es gerade die jüngsten Redner waren, die mit ihren Referaten und Diskussionsbeiträgen den meisten Zündstoff lieferten, lag wohl nicht nur an ihrer „Jugendfrische“, sondern auch an ihrer Zugehörigkeit zu einer Generation, die von anderen geschichtlichen Voraussetzungen geprägt ist als die der Älteren. Die Problematik, die es zu besprechen und erhellen galt, wurde so dem Auditorium recht anschaulich von den „Aufklärern“ selbst demonstriert.

Ich will im folgenden versuchen, ganz kurz die wichtigsten Thesen der sechs Redner zu skizzieren, um schon vom rein Faktischen her zu zeigen, wie verschieden ihre Ausgangspunkte waren und wie unterschiedlich sie an das ihnen gestellte Thema herangingen.

Franz Marek, geb. 1913. Führender Funktionär der KP Österreichs, Mitarbeiter Fischers, Chefredakteur der Monatszeitschrift „Weg und Ziel“.

Er setzte an den Anfang seines kurzen Referates das Bekenntnis, daß seine Generation versagt habe, wobei er vor allem auf den zweiten Weltkrieg hinwies; er meinte, Hegels Polemik gegen die These, daß Völker aus Erfahrungen lernen sollen, gelte auch für die Generationen: jede Zeit muß jeweils aus den jetzt gegebenen Bedingungen heraus ihre Entscheidungen treffen. Die Angehörigen seiner Generation hätten deshalb auch nur das Recht zur Auskunft, zur Zeugenschaft.

Hier schlagwortartig seine Ausführungen zur heutigen

politischen Situation: Neokolonialismus in Vietnam, Eurozentrismus bei uns im Hinblick auf die Dritte Welt, Herausbildung von Machtzentren durch Kapitalkonzentrierung, Versandung der Arbeiterbewegung. Mareks Zukunftsprognose: es werden immer mehr Leute immer weniger zu sagen haben.

Diesem mehr allgemeinen Lagebericht folgte eine etwas ausführlichere Stellungnahme zu folgenden Personen und Ereignissen: Guevara, Mairevolte in Frankreich, Prag. Drei Kostproben daraus: Guevaras Idee und Konzept wirkte in den USA und in Europa stärker als in Südamerika. – Am Scheitern der Mairevolte hätten die Gewerkschaften die größte Schuld. – Die Besetzung der ČSSR durch die Warschauer Pakt-Staaten habe ihn besonders tief getroffen. Seine ganzen Hoffnungen galten, wie er sagte, dem Versuch Prags, einen humanen Sozialismus zu verwirklichen. Der jungen Generation warf er vor, das Zukunftsweisende des Prager Modells nicht erkannt zu haben. – Großer Beifall des Auditoriums für ein ungemein sympathisch und bescheiden vorgetragenes Referat mit resignierendem Grundton.

Hubertus Hüppauff, geb. 1939. Diplom-Psychologe, mehrere Jahre Vorsitzender des SDS, Lehrer in der Ausbildungsarbeit der IG Metall in Lohr.

Um es gleich vorwegzunehmen: die psychologische Erhellung der jungen Generation nahm in seinem Vortrag einen weitaus größeren Raum ein als seine Stellungnahme zu aktuellen politischen Problemen und Geschehnissen. Hüppauff ist sich des Gegensatzes zwischen den Generationen voll bewußt und meint, daß erst eine neue Generation die Ergebnisse des jetzigen Konfliktes verarbeiten können. Er plädiert dafür, die aufgebrochenen Gegensätze klar herauszuarbeiten und die daraus entstehenden Kämpfe in aller Schärfe auszutragen. Daneben müsse aber immer die zähe Kleinarbeit der Aufklärung in allen Bereichen unseres Lebens stehen.

Hüppauffs erzieherisches Ziel ist der mündige, reflektierende Mensch, der eigenverantwortlich leben und handeln kann. Dazu ist aber seiner Ansicht nach eine Änderung der gesellschaftlichen Verhältnisse vonnöten. Hüppauff hat zwar Verständnis für die Angst der Älteren vor Veränderungen, fragt aber, warum diese immer die Gegenwart an 1945 und nicht an der Zukunft messen. Er sieht in unserer heutigen Gesellschaft einen ausgeprägten Gegensatz zwischen den Postulaten der Demokratie und der Wirklichkeit und fordert auf zur Erkenntnis dieser Situation, zur „Formulierung des Widerstandes“ und – in einem zweiten Stadium – zu dessen Praktizierung. – Die Welt, in der wir leben, ist nach Hüppauff bestimmt durch wirtschaftliches, materialistisches, systemkonformes Denken und Handeln. Da die Väter der jungen Menschen heute keine wahren Autoritäten darstellen, keine praktikablen Verhaltensregeln geben können für

die Bewältigung unserer technisierten Welt, entstehen bei vielen jungen Menschen durch verdrängte Aggressionen Depressionen und Neurosen. Dagegen kann am besten mit einem frühzeitigen Aufbau der Ich-Stärke angegangen werden, wie Hüppauff meint. Er sieht aber die kaum zu bewältigenden Probleme, die bei dieser Intensivierung von Erziehung und Bildung entstehen, zumal dann, wenn der Bundestag die jetzige Aufteilung der Haushaltsmittel beibehält. Eine Möglichkeit sieht Hüppauff in der Kürzung des Verteidigungsetats. – Um es noch einmal zu wiederholen: als Hauptaufgabe der jüngeren Generation sieht Hüppauff die Überwindung der Kluft, die noch zwischen den Postulaten der Demokratie und der Wirklichkeit klafft.

Guenther Moewes, geb. 1935. Architekt HbK, Lehrauftrag an der WKS Dortmund: Grundlagen für Architektur und Industrie-Design.

Moewes war auf der Tagung der Redner, der sich mit seinem Referat und seinem grundsätzlichen Anliegen am eingehendsten mit der Arbeit des Werkbundes auseinandersetzte und dabei ganz konkrete Reformforderungen im Denken, Planen und Handeln vor allem der Architekten verlangte. Das Problem der Generation ließ er dabei völlig außer acht, d. h. er wandte sich an alle heute verantwortlich Tätigen, unabhängig von ihrem Alter. Das Referat war sehr spritzig und angriffslustig formuliert und wurde von Moewes mit spürbarem Engagement vorgetragen. Hier einige Hauptpunkte seiner Ausführungen in sinngemäßer Zusammenfassung:

Die Situation unserer Umwelt ist gekennzeichnet durch einige gesamtgesellschaftlichen Phänomene: tiefe Kluft zwischen offiziell anerkannter Stilkultur und breitem Publikumsgeschmack. Eine kleine Gruppe von Architekten und Designern bestimmt, was gut ist, was Qualität hat. Sie hat sich einen Stil „zurechtdestilliert“, den sie in elitärer Abkapselung weitertradiert (Juries!). Die Grundlagen ihres Bauens und Entwerfens sind Konstruktivismus und Funktionalismus. Die Pläne der Architekten sind planoptisch konzipiert, nicht hinorientiert auf die Möglichkeiten und Erfordernisse unserer Zeit.

Moewes' Forderungen zur Überwindung dieser Misere gipfelte in einem Schlagwort: Kommunikation. Er führte dazu aus: Die Elitären müssen von ihrem Podest herabsteigen, die Bedürfnisse der Verbraucher ernst nehmen, auf sie eingehen, ihnen gerecht werden. Der „Realitätsfetischismus“ müsse überwunden werden, weil Realität oftmals als eine gesetzte Konstante genommen werde, als eine Gegebenheit und nicht als ein zu Veränderndes. Kommunikation sei dringend nötig, damit der Mensch nicht zum Opfer immer schneller sich entwickelnder Veränderungsprozesse werde. Spezialisten seien zwar in vielen Bereichen unumgänglich, um der zunehmenden Kompliziertheit und Komplexität der Probleme gerecht zu werden; sie dürfen aber nicht unabhängig voneinander entscheiden, sondern müssten in dauerndem Erfahrungsaustausch miteinander stehen. Vor allem für Siedlungsvorhaben und Städteplanungen müssten Aus-

schüsse gebildet werden, in denen außer Architekten, Psychologen und Soziologen auch interessierte Laien aus allen sozialen Schichten sitzen. Die Umwelt müsse in einem dauernden Dialog geschaffen werden, mit Phantasie und dem Mut zu Veränderungen. Wer nur kultivieren wolle, bemätele das Chaos. Um diese Formen der schöpferischen Kommunikation möglich zu machen, sei allerdings ein neues Bildungssystem vonnöten, das Wissen und neue Erkenntnisse schneller und beweglicher umsetze als bisher. – Moewes' Ausführungen endeten in einem Zukunftsbild von globalen Ausmaßen, das die Befreiung von alten Zwängen und Fehlern versprach.

In der anschließenden Diskussion wurde vor allem die Frage laut, wie sich Moewes' Forderung nach Kommunikation heute, unter den bestehenden Verhältnissen, verwirklichen lasse, ob seine Forderungen nicht Utopien seien und bleiben müssen. Moewes meinte darauf, Zeichen für die von ihm gewünschten Veränderungen seien vorhanden. Es müsse eben die Diskussion und Aufklärung über diese Probleme verbreitert und intensiviert werden. Aufgabe und Selbstverständnis des Werkbundes, die hier zur Sprache kamen, sollen später nochmals kurz aufgegriffen werden.

Helmut Külz, geb. 1903. Seit 1953 Senatspräsident beim Bundesverwaltungsgericht, Honorarprofessor an der Justus-Liebig-Universität Gießen.

Külz, der seine Überlegungen sehr sachlich und nüchtern vortrug und durch die Vielzahl der Themen und Bereiche, die er reihend aufzählte, eigentlich keine Schwerpunkte setzte, fand im Auditorium nur ein schwaches Echo. Dabei waren seine Ausführungen zu manchen Bereichen unseres öffentlichen Lebens für einen Mann, der zur Spitze des Establishments gehört, doch recht kritisch. Ich versuche auch hier, den Vortrag von Külz ganz kurz zusammenzufassen.

Er zeigte zunächst auf, wie stark unsere Gesellschaftsordnung und Politik von den Alten bestimmt, patriarchalisch geprägt ist: Landesvater, Vater Staat, Senat, Ältestenrat usw. Vatergestalten: Hindenburg, Heuss, Adenauer. Dann durchforschte er unsere Entwicklung nach 1945 nach Soll und Haben, wobei er aufs ganze gesehen sehr viele Minusposten verbuchen mußte.

Oberflächlich gesehen seien wir zwar seit Kriegsende unter der Führung der Alten ganz gut gefahren. Bei vertiefter Betrachtung aber lägen noch viele ungelöste Probleme vor, die zum Teil nur von der jüngeren Generation bewältigt werden könnten. In der Politik: Verhältnis zur DDR und den anderen östlichen Staaten, im menschlichen Bereich: Sexualstrafrecht, Arznei mißbrauch, Vermögensballung, dingliche Umwelt: Ballungszentren, Raum- und Bodenordnung, Zersiedelung, Verschmutzung von Wasser und Luft, Verkehr. Abhilfe sei weitgehend durch eine entsprechende Gesetzgebung möglich, die Rechtsprechung habe bisher das Ihre geleistet. Eine große Rolle bei all diesen Fragen spiele die Macht der Interessengruppen. Dies sei ein echtes Generationsproblem, das nur noch von jüngeren Kräften bewältigt werden

könne. Külz plädierte weiter für eine stärkere Berücksichtigung der Gemeinden bei allen sie betreffenden Fragen und – ganz im Sinne von Moewes – für mehr Mitspracherecht von Soziologen und Praktikern bei der Abfassung von Gesetzen. Auch die zentrale Planung müsse noch verbessert werden, wie dies z. B. in England schon geschehe.

In unserer geistigen Umwelt stimme vieles nicht. Interessanterweise seien unsere obersten Gerichte bei der Beurteilung künstlerischer und ästhetischer Fragen oft aufgeschlossener und fortschrittlicher als jüngere Richter an niederen Gerichten.

Werner Steltzer, geb. 1917. Seit 1961 Leiter des Informationszentrums Berlin.

Steltzers essayistisches Referat fand im Auditorium großen Anklang. Interessante Beispiele meist psychologischer Art gaben seinen Ausführungen eine plastische Anschaulichkeit, die sein Anliegen, die Erhellung gefährlicher menschlicher Schwächen, sehr deutlich werden ließ. Sein Vortrag gipfelte in der Forderung nach einer bewußten Auseinandersetzung mit den Mächten des kollektiven Unbewußten mit Hilfe der Tiefenpsychologie, eine Aufgabe, die von allen Generationen gemeinsam angegangen werden müsse.

Manfred Riedel, geb. 1936. Privatdozent für Philosophie in Heidelberg.

Er hatte es trotz sehr aufschlußreicher und weiterführender Überlegungen am schwersten von allen Rednern, was einmal an seinem etwas langatmigen, trockenen, wissenschaftlichen Stil und der Länge seiner Ausführungen lag, zum ändern an einer gewissen Spröde seines Stoffes. Es gab einige Tagungsteilnehmer, die das Grunds genug fanden, den Vortragssaal nach einiger Zeit zu verlassen, ein Verhalten, das nicht ganz unsymptomatisch für einen Teil der Tagungsteilnehmer war.

Riedel gab seinem Referat einen eigenen Titel: „Zum Wandel des Generationsproblems in der modernen Gesellschaft.“ Ausgangspunkt seines Vortrags war das Faktum der protestierenden Jugend, die so ganz anders sei, als Schelsky sie in den 50er Jahren noch beschrieben habe („Skeptische Generation“). Riedel meint, diese Bewegung habe die bisher gültige Definition des Generationsproblems aufgehoben, da sie sich gegen die Gesellschaft als solche und nicht gegen Personen richte, was andererseits einen Aufbruch der Gesamtgesellschaft bewirkt habe. Das Generationsproblem familiärer Art werde wohl aussterben. Die Gründe dafür: 1. Der Altersunterschied werde in Zukunft immer unwichtiger. 2. Veränderung der Lebenswelt – die Erfahrung der Alten werde in Zukunft in vielen Berufen nicht nur unwichtig, sondern fortschritthemmend wirken. 3. Tendenz zur Autoritätsnivellierung – die alten Hierarchien zerbrechen, Autorität sei nur noch institutionell wirksam. Dies bewirke ein labiles gesellschaftliches Gleichgewicht, nicht zuletzt durch die frühe wirtschaftliche Unabhängigkeit der jungen Generation. In einem Jahrhundert habe es früher drei Generationen gegeben, heute vier und in Zu-

kunft fünf. Das ergab und wird noch mehr eine generative Umprägung der Bevölkerungsstruktur ergeben: mehr heiraten früher und leben länger. Lebenserwartung 1840: 32 Jahre, 1960: 64,32 Jahre.

Diese ganze Problematik ließ auch Riedel – wie zuvor Moewes und Hüppauff – nach unserem Bildungswesen fragen. Für die Förderung der Kommunikation unter den Generationen müßte die Erwachsenenbildung ausgebaut und vertieft, die Fachschulen vermehrt werden. An sich erforderten die Ansprüche von heute und morgen zum Teil ganz neue Schul- und Bildungssysteme, die aber eben nicht einfach aus dem Boden gestampft werden könnten. Überlegungen zu einer Lösung dieser Problematik waren von Riedel billigerweise nicht zu erwarten.

Die Podiumsdiskussion, die wohl krönender Abschluß der Tagung hätte werden sollen, brachte keine neuen Ergebnisse, offenbarte in ihrem Verlauf nur, wie schwer Kommunikation selbst unter Willigen ist. Spannungen zwischen einzelnen Diskutierenden fanden keine Lösung, Positionen verhärteten sich, manche Wortgefechte drohten persönlich zu werden. Vor allem die temperamentvollen Attacken von Moewes und seine konsequente Forderung, der Werkbund müsse zu den von ihm aufgeworfenen Fragen Stellung beziehen – die der Diskussionsleiter, Walter Rossow, hic et nunc ablehnte, weil solches gar nicht geplant gewesen sei – all dies schuf eine Stimmung, die gar nicht im Sinne der Vorbereiter dieser Tage war. Da außerdem die Form der Podiumsdiskussion durch Zurufe aus dem Auditorium durchbrochen wurde, die massive Kritik am Stil der Tagung enthielten – zu lange Referate, Podiumsdiskussion statt Plenumsdiskussion –, spürte man etwas von der „Berliner Luft“, die beim gleichzeitig stattfindenden Germanistenkongreß so heftig wehte. Eine Gruppe junger Werkbündler forderte auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzung u. a. die Gestaltung kommender Kongresse auf breiterer personeller Basis, die Änderung der Aufnahmebestimmungen des Werkbundes, die Absage an seinen elitären Charakter. Das Auditorium reagierte bei alledem nicht so, daß man sich eine Meinung über seine Zusammensetzung und seine Ansichten hätte bilden können. Gut formulierte interessante Beobachtungen und Thesen fanden zumeist freundlichen, zuweilen lebhaften Beifall. Insgesamt war bei dem größten Teil der Zuhörer eine Aufgeschlossenheit für progressive Anschauungen spürbar, die aber höchstens durch Klatschen, selten verbal zum Ausdruck kam.

Als Rahmenprogramm wurde u. a. geboten: Besichtigung der Neuen Nationalgalerie, erbaut von Mies van der Rohe – ein klassisch schöner Bau, von seiner Funktion her ein glatter Fehlschlag. Besuch des neuen Brücke-Museums – in seiner maßvollen Schlichtheit überzeugend, auch als Museum sehr gut gelungen. – Fahrt durchs Märkische Viertel – Musterbeispiel einer völlig ungenügenden Planung. Fahrt durch die City und den Süden Berlins (u. a. Tiergarten, Kreuzberg, Neukölln, Britz,

Buckow, Rudow). City nach 1945 fast völlig neu wieder aufgebaut, Neukölln und Kreuzberg mit ihrer erhaltenen Bau- und Sozialstruktur, BBR („Gropius-Stadt“), ein neu entstehender Stadtteil (zum Teil riesige Hochhäuser auf fast zu engem Raum, Versuch der Auflockerung und Rhythmisierung durch abwechslungsreiche, farbige Gestaltung der Fassaden, offensichtlich gründliche Planung: Grünanlagen, Kinderspielplätze, Schulen, Verwaltungsgebäude sollen rechtzeitig fertiggestellt werden). Besuch eines Konzertes mit experimenteller Musik. Ein Versuch Henk Badings, Männerchorgesang und elektronische Musik zu koppeln, ging wegen schlechter Qualität von Chor und Stück völlig daneben.

Fazit des Werkbundtages 1968? Beherrschendes Gefühl war ein Unbehagen: man merkte, daß die alten Wege nicht zu neuen Zielen führen können und mußte doch zugeben, daß es a) noch zu wenig neue Wege gibt, b) nur wenige diese begehnen und c) die Ziele zum Teil noch sehr vage sind, nur vereinzelt in ihren Umrissen deutlich erkennbar. Klar mußte eigentlich aber jedem sein, daß das Weitergehen auf den alten, ausgetretenen Pfaden in den Abgrund führen kann.

Welche Stellung sollte hier der Schwäb. Heimatbund beziehen? Peter Haag hat ja vor nicht langer Zeit

(„Schwäb. Heimat“, H. 1, 1968) zu einer ganzen Reihe der in Berlin aufgeworfenen Fragen gründlich und überzeugend Stellung genommen. So sei hier ganz kurz noch einmal wiederholt: um den wichtigen pflegerischen Aufgaben des Schwäb. Heimatbundes völlige Glaubhaftigkeit – gerade bei jungen Leuten! – zu geben, darf er in Zukunft auf keinen Fall mehr den Eindruck erwecken, als lebe er in erster Linie der *laudatio temporis acti*. Gerade weil je länger je mehr verantwortungsbewußter Denkmals-, Natur- und Landschaftsschutz unterstützt werden muß, müssen die Organisationen und Institutionen, die sich dies zur Aufgabe gemacht haben, überzeugend deutlich machen können, daß es ihnen dabei auch um die Zukunft zu tun ist. Wenn man die Planung für morgen rein materialistisch orientierten Interessengruppen überläßt, muß es böse enden.

Der Schwäb. Heimatbund sollte deshalb in seinem Fahrten- und Vortragsprogramm mehr als bisher demonstrieren, daß er an den aktuellen Fragen der Erziehung, Bildung und Ausbildung, an den Problemen des Bauens und Siedelns unserer und zukünftiger Tage ebenso interessiert ist und sich an gelungenen Werken genauso freut wie an den Zeugnissen der Vergangenheit.

Hans-Ulrich Roller

Der Landkreis Öhringen

Bemerkungen zu einer Geschichte

Von Ernst Müller

1962, kurz nach Fertigstellung der zwei Bände Balingen, erschien der erste Band, der einführende Teil der Kreisbeschreibung von Öhringen. Inzwischen ging die Verantwortung der Kreisbeschreibungen auf die Staatliche Archivverwaltung Baden-Württemberg über. Die Landkreise mußten ihre Wünsche, was Umfang und Erfassung besonders der historischen Kapitel anlangt, der Zensur und dem Plan der Staatlichen Archivverwaltung unterstellen, die damit die längst als ungenügend erkannte Autorität des Statistischen Landesamts Württemberg-Baden oder ihrer badischen Parallelen ablöste. Eine Entwicklung zugunsten der Geschichte und deren Vorrang über die Statistik beendete die württembergische Sonderart der Tradition württembergischer Oberamtsbeschreibungen und ließ sie aufgehen in der größeren Aufgabe, die seit 1953 dem Bundesland Baden-Württemberg gestellt ist. Es dürfte kaum zu bestreiten sein, daß der Vorsprung von Württemberg im Bereich der Landesbeschreibungen nur auf diese Weise ausgeglichen werden kann, wenn es gelingt, auf der Basis des Historischen, das mindestens bis 1250 für die Gebiete Württemberg und Baden, wie sie seit 1810 begrenzt waren, keine territo-

riale Unterscheidung von Bedeutung zuläßt, eine gemeinsame Methode der Beschreibung zu finden. Mit dem zweiten Band Öhringen liegt uns nun ein württembergisches Modell vor, das eine bis 1806 getrennt von Württemberg verlaufende hohenlohische Entwicklung aufs beste integriert hat in die Verwaltungseinheiten, wie sie das Königreich Württemberg grundgelegt hat und wie sie in der Epoche der Weimarer Republik und dann auch in den kurzen Jahren des Dritten Reiches in Anpassung an eine immer stärker werdende Tendenz der Zentralisierung und des Abbaus des Föderalismus so verändert wurden, daß sie den heutigen Kreisbeschreibungen als Ausgangspunkt der formalen Planung dienen können.

Was uns an dem Öhringer Band auffällt, daß bei den konkreten Erfassungen der Geschichte und der geographischen Lage der 51 Gemeinden die Motive einer fränkischen Besiedlung, die sich von der alemannischen abhebt, kaum mehr Beachtung finden. Das Denken in Stammesgegensätzen, das die Geschichtsschreibung des späten 19. Jahrhunderts stark bestimmt und zu manchen heute als unhaltbar erkannten Vorurteilen geführt hat,